

STADT, LAND,
Verantwortung



**Nah dran.
Stark vor Ort.
Stark für Bayern.**

LEITANTRAG

**75. LANDESVERSAMMLUNG DER JUNGEN UNION BAYERN
03.-05. OKTOBER 2025
IN ASCHAFFENBURG**



Stadt, Land, Verantwortung!

Nah dran. Stark vor Ort. Stark für Bayern.

Wir haben als JU Bayern mehr Vertreter in den Räten als Grüne, AfD oder FDP. Wir sind mit unseren Mitgliedern in unserer Heimat verankert, egal ob bei der Feuerwehr, im Trachtenverein oder beim Roten Kreuz. Wir sind die politische Stimme der jungen Generation in Bayern. Damit auch zukünftig weiter erfolgreich Politik vor Ort in unserer Heimat gemacht werden kann, fordern wir:

Starke Finanzen für starke Kommunen

- **Wer zahlt, schafft an:** Der Bund verspricht Rechtsansprüche, die Kommunen umsetzen müssen – ohne ausreichend Mittel bereitzustellen. Künftig müssen vor neuen Rechtsansprüchen durch den Bund zwingend die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen einer Konsultation beteiligt und alle Finanzierungsfragen mit Blick auf die Konnexität geklärt werden. Als Vorbild soll hierbei das Konnexitätsprinzip der Bayerischen Verfassung dienen. Besonders der Ausbau der Ganztagsbetreuung braucht realistische Personal- und Finanzpläne. Wir fordern eine Verschiebung des verpflichtenden Ganztagsanspruchs um mindestens drei Jahre. Ohne Kurswechsel drohen Qualitätsverlust und Vertrauenskrise vor Ort.
- **Pauschale Zuweisungen statt Projektitis:** Bayerns Fördersystem ist ein undurchsichtiger Dschungel. Von 148 kommunalen Programmen konnten im Zuge der begrüßenswerten Entbürokratisierung gerade einmal elf einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden gestrichen werden – ein Armutszeugnis. Wir fordern einen echten Kurswechsel: Förderprogramme müssen auf maximal 10 strategische Ausnahmen reduziert werden. Bundes- und Landesmittel sollen Kommunen pauschal, entfristet und eigenverantwortlich zur Verfügung stehen – wie in den Niederlanden. Unsere Kommunen wissen selbst am besten, was vor Ort gebraucht wird. Förderaktionismus muss einem neuen Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung weichen – auch auf Bundesebene.
- **Gewerbesteuer als Standortvorteil:** Wir lehnen die geplante Erhöhung des bundesweiten Mindesthebesatzes für die Gewerbesteuer von 200 % auf 280 % entschieden ab. Jede Gemeinde bestimmt ihren Hebesatz selbst – und das ist gut so. Wir vertrauen auf die Finanzhoheit unserer Kommunen und wollen sie nicht von Berlin aus beschneiden.

Gleiche Chancen für ganz Bayern

- **Heimatstrategie 2.0:** Behördenverlagerungen sind ein zentrales Instrument, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, so wie in unserer Bayerischen Verfassung verankert. Wir fordern: Mindestens 1.000 zusätzliche Stellen müssen aus dem Großraum München in den ländlichen Raum verlagert werden – sozialverträglich und planvoll. Kommunen, die hierfür Flächen anbieten, sollen gezielt gefördert werden. Gleichzeitig ist insbesondere die Landeshauptstadt München gefordert, an freiwerdenden Flächen neuen Wohnraum mutig zu ermöglichen.

- **Mehr Synergien durch Verwaltungsgemeinschaften:** Mit 2.056 Städten, Märkten und Gemeinden, 71 Landkreisen und 7 Bezirken ist Bayern kommunal einzigartig. Doch knappe Kassen gefährden diese Vielfalt. Wir setzen auf mehr freiwillige interkommunale Zusammenarbeit – mit klaren Anreizen. Verwaltungsgemeinschaften sollen ausgebaut, gemeinsame Beschaffung, Personalpools und IT-Kooperationen zur Regel – und nicht zur Ausnahme – werden. Kommunen, die sich bis 2032 freiwillig einer Verwaltungsgemeinschaft anschließen oder eine neue gründen, sollen über den kommunalen Finanzausgleich zusätzlich unterstützt werden. Mittelfristig wollen wir mindestens weitere 500 Kommunen, die Teil einer Verwaltungsgemeinschaft sind. So sichern wir die Leistungsfähigkeit unserer kleineren Gemeinden.
- **Verantwortungen hinterfragen:** Wir müssen gewachsene Strukturen im Rahmen einer Aufgabenkritik ehrlich evaluieren. Wo Aufgaben besser auf Ebene des Freistaats, der Planungsregionen oder Bezirke aufgehoben sind, sollen Landkreise und Kommunen entlastet werden. Als ersten Schritt fordern wir eine einheitliche, überörtliche Zuständigkeit im Rettungsdienst, um Synergien zu heben und Prozesse zu beschleunigen.

Eine starke Zivilgemeinschaft

- **Starke Finanzen für starke Vereine:** Unsere Vereine sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie organisieren Freizeiten, Feste, Jugendarbeit und Begegnung – oft ehrenamtlich und unter hohem Eigenengagement. Die steigenden Kosten bringen viele an ihre Grenzen. Wir fordern deshalb eine deutliche Anhebung der Freigrenze für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb um mindestens 15.000 Euro und eine automatische jährliche Anpassung an die Inflation.
- **Wirtshäuser als soziale Ankerpunkte:** Die Mehrwertsteuersenkung ist ein erster und wichtiger Schritt, um unsere Wirtshäuser zu unterstützen, reicht aber nicht aus. Analog zum niederösterreichischen „Wirtshauspaket“ wollen wir daher eine bayerische „Wirtshausprämie“: Wer das einzige standortgebundene Gasthaus einer Gemeinde übernimmt oder neu gründet, soll gezielt gefördert werden – vorausgesetzt, er bietet regionale Speisen und Getränke an. Nachtlokale, Imbisse oder Systemgastronomie sind davon ausgenommen. So sichern wir lebendige Ortskerne.

Starke digitale Kommunen

- **Smart Villages:** Mit „Smart Villages“-Konzepten sollen Infrastruktur, Energie, Mobilität, Gesundheit und Teilhabe im ländlichen Raum intelligent, nachhaltig und bürgernah gestaltet werden. In Pilotprojekten sollen Kommunen bei der Umsetzung solcher Konzepte unterstützt werden. Ziel ist es, digitale und technologische Innovationen im ländlichen Raum zu erproben, um Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Nachhaltigkeit zu stärken.
- **Update für die BayernApp:** Bürger erwarten heute zurecht, Verwaltung digital erledigen zu können – einfach, schnell und sicher. Nur ein online ausfüllbares PDF, was man ausdrucken muss, darf nicht als digitale Dienstleistung gelten! Mit hunderten komplett digital abgebildeten Dienstleistungen ist die von Staatsministerin Gerlach eingeführte BayernApp ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die fehlende Bekanntheit der App ist jedoch ein Problem, der derzeitige Digitalminister muss hier endlich nachlegen! Bis zum Ende der Legislaturperiode soll die BayernApp mindestens eine Million regelmäßige Nutzer haben.

- 83 • **Protokolle online:** Transparenz schafft Vertrauen. Deshalb wollen wir die ver-
84 pflichtende Veröffentlichung aller Protokolle öffentlicher Gremiensitzungen sowie al-
85 ler kommunalen Satzungen und Verordnungen auf den Webseiten der Kommunen ge-
86 setzlich verankern.
- 87 • **Hybride Ratssitzungen:** Mit den eingeführten Regelungen für hybride Ratssitzungen
88 wurde in Bayern bereits ein kraftvolles Signal gesetzt. Auch in der kommunalen De-
89 mokratie braucht es weitere digitale Modernisierung. Hybride Ratssitzungen haben
90 sich bewährt und müssen ausgebaut werden. Die derzeitige Hürde, dass Geschäftsord-
91 nungsbeschlüsse bezüglich hybrider Sitzungen nur mit Zweidrittelmehrheit möglich
92 sind, wollen wir auf eine einfache Mehrheit senken. So verhindern wir digitalfeindliche
93 Sperrminoritäten. Reine Online-Sitzungen lehnen wir hingegen ab: Kommunalpolitik
94 lebt vom direkten Austausch.